

Sieg der Gewalt

von Michael Mertsch

Schon lange gab es bei Wahlen in Sri Lanka nicht mehr eine derartige Serie von Gewalttätigkeiten. Körperverletzungen, Bedrohungen, Einschüchterungen, Brandstiftungen und sogar Morde waren die wesentlichen Ereignisse während des Wahlkampfes um die zukünftige Regierung in der srilankischen Nordwest-Provinz. Und auch die Abstimmung am 25. Januar, zu der 1,6 Millionen Wahlberechtigte zugelassen waren, war geprägt durch gewaltsame Übergriffe und massiven Wahlbetrug. Unabhängige inländische Wahlbeobachter fordern nach diesen Ereignissen eine Annullierung der Wahl. Die in Colombo regierende 'Peoples Alliance' (PA), die offiziell fast 60 Prozent der Sitze in der Wahlprovinz errungen hat, stellt sich hierzu jedoch taub. Politische Beobachter befürchten indes weitreichende Konsequenzen für das Land sowohl in innen- wie auch außenpolitischer Hinsicht, wenn sich der Trend zur Gewalt fortsetzt. Noch in diesem Jahr stehen möglicherweise Wahlen in fünf weiteren Provinzen auf dem Kalender und im nächsten Jahr werden unter Umständen auch Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden.

Die unabhängigen Wahlbeobachter des 'Centre for Monitoring Election Violence' (CEMV) waren außer sich: In einer Stellungnahme am Abend des Wahltags, dem 25. Januar 1999, dessen Verlauf wie nie zuvor von Gewalttätigkeiten geprägt war, forderten sie, die Wahl für ungültig zu erklären. Viele der unabhängigen einheimischen Beobachter, die aus der Vergangenheit durchaus an kriminelle Zwischenfälle bei Wahlen in Sri Lanka gewohnt sind, waren über das Ausmaß bei diesem Urnengang entsetzt.

Wahltag mit Hindernissen

Der Bericht des CEMV liest sich wie eine Auflistung von Wahl- und Wählerbeeinflussung jeglicher Art. Dieses stimmt umso bedenklicher, als daß diese Wahl weder in einem der Bürgerkriegsgebiete noch in einer Region stattfand, in der in der Vergangenheit Aufstände oder politische Gewalttaten größeren Ausmaßes (wie zum Beispiel im Süden) stattgefunden haben. Der CEMV beklagt, daß die Polizei, mit der Einhaltung von Recht und Ordnung beauftragt, nicht in der Lage und auch unwillens war, der Gewalt Einhalt zu gebieten. Bei vielen der Übergriffe sahen Polizeikräfte tatenlos zu oder mußten gegenüber den Wahlbeobachtern ihre eigene Hilflosigkeit eingestehen. Daran konnte auch die Tatsache nichts ändern, daß die Regierung anlässlich der Wahl 15.000 zusätzliche Polizeikräfte in die Nordwestprovinz geschickt hatte.

Die Wahlbeobachter erhielten am Wahltag insgesamt 125 Beschwerden, davon 41 aus den Händen der Polizei. Verstöße gegen das Wahlgesetz fanden in mindestens 50 Wahllokalen statt, deren Ergebnisse damit eigentlich per se ungültig sind. Eine Schätzung geht schließlich davon aus, daß in etwa 75 Prozent der Wahllokale die Wahlagenten - sie repräsentieren die zur Wahl stehen-

den Parteien - der Opposition bedroht und verjagt worden sind. Für den Puttalam-Distrikt, in dem allein 25 Beschwerden registriert wurden, von denen 23 sich gegen die PA richteten, waren nur in einem von acht Wahllokalen Wahlagenten oppositioneller Parteien anwesend.

Das frapierende bei allen Unregelmäßigkeiten während des Wahlkampfes und am Wahltag ist wohl auch in der Tatsache zu sehen, daß Wahlkandidaten, Minister und andere führende Politiker vor allen Dingen aus den Reihen der PA sich offen an allerlei kriminellen Handlungen beteiligt haben.

Von Seiten der Beobachter läßt sich über Dutzende von Vorfällen berichten, nur ein paar typische Beispiele seien genannt:

- Im Puttalam-Distrikt tauchen um 13.45 Uhr plötzlich etwa 100 PA-Unterstützer am Wahllokal Nr. 5 auf, vertreiben alle offiziellen Personen einschließlich der Polizei und fabrizieren innerhalb von 25 Minuten zehn Bündel gefälschter Wahlzettel. In ähnlicher Form tauchen 30 PA-Helfer unter Führung des Ministers D.M. Jayaratne im Lokal Nr. 7 (delikaterweise direkt gegenüber dem Haus des PA-Kandidaten Navavi) auf, werden jedoch erfolgreich daran gehindert, Stimmzettel zu manipulieren. Sie ziehen sich unverrichteter Dinge wieder zurück, nicht ohne jedoch allen Anwesenden mit Strafmaßnahmen zu drohen.

- In Wariyapola soll der PA-Kandidat für die Position des Ministerpräsidenten ('Chief Ministers') angeordnet haben, daß Polizeifahrzeuge nicht benutzt werden dürften, da sie anderenfalls beschossen würden. Tatsächlich blieben die Wagen in ihren Stationen.

- Das Wahllokal in Borawewa hat vermutlich einen traurigen Rekord zu verzeichnen. 1.500 oder 89 Prozent von insgesamt 1.694 registrierten Stimmen waren illegal.

Chronik skrupellosen Wahlkampfes

Mit der Ankündigung von Provinzwahlwahlen im Nordwesten Sri Lankas für den 25. Januar begann eine gnadenlose Schlacht um Wählerstimmen. Auftakt zur Wahl, die von der Regierung offiziell aus Gründen der schlechten Sicherheitslage im letzten Jahr verschoben wurde, war die Benennung von sechs politischen Parteien und vier unabhängigen Gruppierungen am 8. Dezember 1998, die insgesamt 446 Kandidaten für 52 Sitze im Provinzrat aufstellten. Neben der 'Peoples Alliance' (PA) und der 'United National Party' (UNP) waren dies die 'Janata Vimukthi Peramuna' (JVP), die 'New Left Front', die 'Muslim United Liberation Front', die 'Liberal Party' und eine weitere unabhängige Gruppe. Praktisch mit diesem Datum entstand in der Nordwestprovinz eine äußerst angespannte Situation. Die Chronik der Zwischenfälle besteht aus Meldungen über Schießereien, körperlichen Angriffen auf Personen, Einschüchterung und Brandstiftung. Je länger der Wahlkampf andauerte, desto mehr häuften sich derartige Ereignisse.

Vielfältige Ursachen

Für die regierende PA steht der Wahlausgang repräsentativ für die Frage, wieviel Unterstützung diese Partei in der Bevölkerung noch hat. Aber auch die Frage nach einem günstigen Zeitpunkt von Wahlen in fünf weiteren Provinzen in diesem Jahr wird deutlich hiervon beeinflusst. Der Wahlerfolg der PA im Nordwesten läßt vermuten, daß weitere Provinzräte schon bald - vielleicht schon im März - gewählt werden. Erste Äußerungen von Regierungspolitikern in dieser Richtung haben schon während der jetzigen Wahlkampagne die Eskalation der Gewalt zusätzlich verstärkt.

Da die Nordwestprovinz seit langem

als Hochburg der oppositionellen UNP gilt, zählt ein Sieg der PA hier für UNP-Führer Ranil Wickremasinghe als doppelte Niederlage. All diese Gründe haben letztlich dazu geführt, daß der Wahl vom 25. Januar eine völlig überzogene und unangemessene landesweite Bedeutung zugesprochen wurde. Gepaart mit

der ohnehin latenten Gewaltbereitschaft fanatischer Parteianhänger, die es in beiden politischen Lagern in großer Zahl gibt, waren alle Voraussetzungen für den jetzt tatsächlich erlebten blutigen Ablauf der Wahlen gegeben.

Aus dem Wirtschaftssektor machen sich unterdessen besorgte Stimmen breit,

die angesichts der Perspektive weiterer Wahlgänge mit möglicherweise ähnlichem Verlauf in naher Zukunft fürchten, daß Sri Lanka weiter ins Abseits gerät. Sie glauben, daß internationale Investoren durch die zunehmende politische Instabilität abgeschreckt werden.

Träume vom Golf bringen soziale Probleme

von Feizal Samath

Mehr als 700.000 Srilankaner arbeiten in den Golfstaaten oder in Südostasien, viele von ihnen als Haushaltshilfen oder Bauarbeiter. Ein schleichernder Bürgerkrieg hat die Wirtschaft erschöpft, die Arbeitslosigkeit und Armut erhöht. Geldüberweisungen von ArbeiterInnen aus dem Ausland sind deshalb eine wichtige Einkommensquelle für Sri Lanka.

Wie Tausende andere arme Lankaner ging Herath Bandage Kusumawathie in den von Öl reichen Golf, um als Dienstmädchen zu arbeiten. Sie träumte davon, daß sie genügend Geld für ein neues Haus und für eine rosige Zukunft für ihre Kinder verdienen würde. Nach einem Jahr war sie wieder daheim - ohne Geld. Ihr Arbeitgeber zwang Säure ihre Kehle hinunter, weil sie es gewagt hatte, ein Glas Milch ohne Erlaubnis zu trinken. Kusumawathie wurde durch geschickte Chirurgen vor dem sicheren Tod bewahrt. "Wir wollten ein besseres Zuhause und Möbel - ein besseres Leben für meine Kinder. Aber das ist von mir übrig", weint sie. Sie kann kaum durch ihren verstellten Mund atmen. Sie lebt von flüssiger Nahrung, die durch einen Schlauch, der aus ihrem Magen herabhängt, eingeführt wird.

Was Kusumawathie passiert ist, ist schockierend, aber es ist nichts ungewöhnliches. Berichte über Folter, Belästigungen die bis zum Tod führen, Nicht-Bezahlung von Gehältern, Vertragsbruch, gezwungene Isolation sind übliche Klagen von srilankischen ArbeitsmigrantInnen im Golf. Das Büro für Arbeit im Ausland (Foreign Employment Bureau, FEB) in Colombo, das auf dem Laufenden zu bleiben versucht, erhielt zwischen Januar und September des letzten Jahres 6.083 Klagen. Dabei ging es auch um 77 Todesfälle. Die Todesfälle hatten überwiegend natürliche Ursachen, es gab aber auch Mord und Selbstmordfälle darunter.

Der größte Teil der ArbeiterInnen sind Frauen, die im Ausland sexuellen Mißbrauch und soziale Isolation riskieren. Ihr Weggehen hat in Sri Lanka eine Reihe von sozialen Problemen hervorgebracht: Alkoholismus, außereheliche Affären, Kindesmißbrauch und andere Vergehen. Arbeitsminister John Seneviratne besteht darauf, daß sich die Regierung über diese sozialen Auswirkungen der Abwanderung von Arbeitskräften ins Ausland 'bewußt' ist und entsprechende Schritte unternimmt, um die Auswirkungen zu minimalisieren. "Wir sind uns der Probleme der Auslandsarbeit von Männern und Frauen bewußt", merkt Seneviratne an. Seit neuestem werden in zehn wichtigen Distrikten, aus denen viele der Arbeitskräfte kommen, BeraterInnen postiert, um die Familien von ArbeitsmigrantInnen zu beraten. "Diese BeraterInnen werden versuchen, einen Großteil der Probleme der betroffenen Familien zu lösen", versichert er. "Als weiteren Versuch der Hilfestellung für diese Familien wird die Regierung auch

4.000 Stipendien an Kinder von ArbeitsmigrantInnen vergeben", fügt Seneviratne hinzu. Laut offiziellen Berichten, wurden die srilankischen Vertretungen im Ausland beauftragt, Mißbrauchsfälle in den Gastländern zu verfolgen.

Die gegenwärtige Regierung von Chandrika Kumaratunga versuchte verzweifelt, die ArbeiterInnen in Übersee vor Ausbeutung zu schützen. Anfang letzten Jahres hat sie Verträge erzwungen, die gemeinschaftlich von den zu vermittelnden Arbeitskräften, der rekrutierenden Agentur in Sri Lanka und im Ausland, der srilankischen Vertretung im entsprechenden Gastland und dem ausländischen Arbeitgeber unterzeichnet werden müssen, damit ein Schutz gewährleistet werden kann. Regierungsbeamte sagen, daß potentiellen ArbeitsmigrantInnen empfohlen wird, eine Arbeit über das staatliche Vermittlungsbüro oder lizenzierte Agenturen, die im Fernsehen, Radio oder in Zeitungen genannt werden, zu suchen. Frauen, die eine Arbeit als Haushaltshilfe suchen, werden ermutigt, an einem 'Trainings- und Orientierungskurs' teilzunehmen, wo der Gebrauch von elektrischen Geräten, die Ernährungsgewohnheiten und Gebräuche in den Golfstaaten gelehrt und ihnen gesagt wird, was sie in Fällen von Belästigung tun sollen.

Für Kusumawathie gab es jedoch keine Hoffnung für Wiedergutmachung, weil sie, wie die meisten ArbeitsmigrantInnen, durch die Vermittlung einer nicht lizenzierten Arbeitsagentur, die sie mit einer falschen Versicherungspolice ausgetrickst hatte, in den Golf gegangen ist. Sie belastete das halbe Hektar Reisfeld der Familie mit einer Hypothek, damit sie dem Agenten die Vermittlungsgebühr von 25.000 Rupien bezahlen konnte. Nun muß ihr landloser Ehemann Gelegenheitsarbeiten verrichten, die kaum genug einbringen, um die fünf Kinder zu ernähren. Kusumawathie kann keine schwere Arbeit mehr leisten. Alles was sie tun kann, ist, einige rubedeckte Töpfe und Pfannen zu waschen, in denen das Essen gekocht wird. Ihre Hütte in Pahala Kalankuttiya ist leer, mit Ausnahme eines Holzbettes und einigen Stühlen. Die Familie hat alles verloren.

(Übersetzung: Michaela Told)